

# Der Pienzenauer

Informationen und Meinungen der Trostberger SPD



Ausgabe 53 | Februar 2013

## Abzocke oder Energiewende – Strom wird deutlich teurer

Wir haben nachgefragt. Von den Trostberger Stadtwerken werden ca. 30 Mio. Kilowattstunden Strom an die Verbraucher geliefert – davon 5 Mio. kWh von Fremdfirmen und 3 Mio. kWh aus Eigenerzeugung.

Der Preis 2013 für die Grundversorgung beträgt 26,2 €Cent, für Cleverstrom 25,95 €Cent, für jede Kilowattstunde und der Grundpreis 99,96 € pro Jahr.

Interessant ist aber die Zusammensetzung des Preises. Nur ca. 6 €C kostet die Kilowattstunde Strom im Einkauf, der Rest sind feste Zulagen:

5,67 €C Netzgebühr, 0,126 €C Kraftwärmekopplungsgesetz, 5,28 €C Erneuerbare-Ener-

gie-Zulage, 0,33 €C Entlastung Großverbraucher, 0,25 €C Offshorehaftung Windenergie, 1,32 €C Kozessionsabgabe Stadt (0,61€C NT), 2,05 €C Stromsteuer und Deckungsbeitrag für die Stadtwerke ca. 1€C! Das ergibt 21,796 €C. Darauf – wohlgermerkt auch auf die Stromsteuer – kommt die Mehrwertsteuer von 19 Prozent!

Fazit: Der Staat profitiert am meisten – die Steuern sind nahezu genau so hoch wie der Stromeinkauf und die Energiewende zahlt größtenteils der Kleinverbraucher.

Die Aussagen und Ratschläge von Umweltminister Altmaier (CDU) sowie Wirtschaftsminister Rösler (FDP), den Stromanbieter zu wechseln, ist schlicht Volksverdummung. Die anderen Anbieter (siehe Verivox) haben die gleichen Preise oder sind teurer. Außer es wird jedes Jahr gewechselt – dann gibt es ergiebige Neukundenrabatte, aber eben nur fürs erste Jahr! fs

## Radlstadt Trostberg

Seit Jahren setzt sich die SPD Trostberg für bessere Verkehrskonzepte in Trostberg ein. Ein besonderes Anliegen dabei ist der Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Die Zukunftsvision von einer »Radlstadt Trostberg« schwingt aber nicht nur bei SPDlern im Kopf herum, sondern findet auch in der Bevölkerung viel Anklang. Ein erster kleiner Schritt ist im Stadtrat gelungen: Im Haushaltsplan 2013 ist für die Weiterentwicklung des Verkehrskonzeptes (z. B. Tempo 30-Zonen) ein Haushaltsansatz gebildet worden. Hier sollten auch

erste Überlegungen zu einem die Stadt umfassenden Geh- und Fahrradwegenetz mit einbezogen werden, so die Vorstellung der Trostberger SPD.

Ein erster Schritt aus Sicht der SPD könnte sein, dass an zwei oder drei neuralgischen Punkten Verbesserungen im Radverkehr eingeführt werden. Das brächte mehr Sicherheit für Rad- und Autofahrer sowie Fußgänger. Zur Diskussion stellen wir folgende Straßenabschnitte:

Fortsetzung Seite 2

## Wünsche zum neuen Jahr



*Ein bisschen mehr Friede und weniger Streit  
Ein bisschen mehr Güte und weniger Neid  
Ein bisschen mehr Liebe und weniger Hass  
Ein bisschen mehr Wahrheit – das wäre was*

*Statt so viel Unrast ein bisschen mehr Ruh  
Statt immer nur Ich ein bisschen mehr Du  
Statt Angst und Hemmung ein bisschen mehr Mut  
Und Kraft zum Handeln – das wäre gut*

*In Trübsal und Dunkel ein bisschen mehr Licht  
Kein quälend Verlangen, ein bisschen Verzicht  
Und viel mehr Blumen, solange es geht  
Nicht erst an Gräbern – da blühh sie zu spät.*

*Ziel sei der Friede des Herzens  
Besseres weiss ich nicht.*

Mit den Worten des österreichischen Schriftstellers Peter Rosegger (1843–1918) möchte ich Ihnen, liebe Leser, alles erdenklich Gute für ein friedfertiges, gesundes und erfolgreiches neues Jahr wünschen.

*Ihr Hans-Michael Weisky  
Vorsitzender SPD-Trostberg*



Blick in die Pienzenauer-/Hertzhaimerstraße – Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!



Fortsetzung Seite 1

- ▶ Fahrrad- und Gehweg Pienzenauer-/Hertzhaimerstraße: Sollte hier ein Streifen für Fahrradfahrer vorgesehen werden?
- ▶ Fahrrad- und Gehweg auf der Bundesstraße Richtung Friedhof: Einseitig Fahrrad- und Gehweg gemischt?
- ▶ Fahrradverkehr im Bereich der Altstadt: Einbahnregelung auch für Radfahrer?

Erste konkrete Schritte zu einem Fahrradkonzept im Stadtgebiet erwarten wir nach der Diskussion über die Tempo 30-Zonen im Stadtrat. Anschließend sind sicher erst die überregionalen Radverkehrswege zu betrachten und dann müssen wir uns mit den innerstädtischen Geh- und Radwegen befassen.

Auch »Parkplätze« für Fahrräder sind notwendig. Wo vermissen Sie Fahrradparkplätze? Oder würden Sie sich gerne ein Fahrrad ausleihen? Andere Städte haben bereits ein erprobtes Ausleihsystem für Fahrräder eingeführt. Was halten Sie davon?

Diskutieren Sie doch mit und schreiben Sie uns Ihre Meinung, wo hier Verbesserungen für Fahrradfahrer, aber auch für Fußgänger dringend notwendig sind.

Wer sich näher über Vorschriften und Möglichkeiten im Fahrradland Bayern informieren möchte, kann das direkt auf der Homepage der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern unter <http://www.stmi.bayern.de> mit dem Stichwort bei der Suche »Radverkehrshandbuch« tun.

## Freie Wähler und Populismus – Unredliche Vorwürfe

Ausgerechnet Altpopulist Stadtrat Obermayer wirft bei einer Veranstaltung seiner Freien Wähler den SPD-Stadträten Populismus vor, wegen deren Nachfrage an den Bürgermeister über etwaige Aktivitäten für einen Baumarkt in Trostberg. Als ob es nicht erlaubt wäre, nach zehn Jahren CSU-Regierung hier mal nachzufragen. Außerdem schiebt er dem früheren Bürgermeister Heinze die Schuld an der Abwanderung der BayWa zu. Allerdings ist es ausgesprochen unredlich vom FW-Fraktionssprecher, die tatsächlichen Gründe dafür und die seinerzeitigen Bemühungen des Bürgermeisters zu verschweigen.

Die Stadt hatte das Grundstück an der B 299 (heute Bichlmeier) in Mögling zur Errichtung eines Baumarktes von der SKW erworben und stand kurz vor dem Abschluss mit einer großen Baumarktkette. BayWa hatte zwischenzeitlich das Nachbargrundstück

(heute Mobile) gekauft und beantragte – nach ursprünglichem Desinteresse nun selbst die Errichtung eines Baumarktes. Der gesamte Stadtrat – **einschließlich Franz Xaver Obermayer – begrüßte diese Entscheidung** und behandelte die »heimische« Firma vorrangig. Nach Abschluss der notwendigen Verfahren (Raumordnung, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan) sowie der Ausweisung des ursprünglich für den Baumarkt vorgesehenen Grundstückes als Sondergebiet für einen Einkaufsmarkt gab die BayWa die Entscheidung für den Baumarkt in Traunreut und damit das »Aus« für Trostberg bekannt. Die BayWa hatte die Stadt offensichtlich nur als Jongliermasse benutzt. *hei*

*Die Langfassung dieses Artikels können Sie auch auf unserer Homepage [www.spd-trostberg.de](http://www.spd-trostberg.de) lesen. Herrn Obermayer werden wir die Langfassung ebenfalls zukommen lassen.*

## SPD im Kreistag

Alle im Trostberger Stadtrat vertretenen Parteien bzw. Gruppierungen sind durch mindestens einen Rat im Traunsteiner Kreistag vertreten. Für die SPD ist Stadt- und Kreistag Hans-Michael Weisky im Kreistag.

Im Kreistag werden die Leitlinien und die Ziele der Kreistagspolitik vereinbart. Die Kleinarbeit zu einzelnen Themen erfolgt aber in den verschiedenen Ausschüssen. Hans-Michael Weisky ist Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisaltenheime und stellvertretend in folgenden Ausschüssen: Haushaltsausschuss, Umweltausschuss, Ausschuss für Gesundheitsfragen und soziale Angelegenheiten sowie im Verwaltungsrat des Zweckverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Traunstein.

Die erfolgreiche SPD-Kreispolitik – die Grundlagen wurden noch unter Altbürgermeister Walther Heinze gelegt – zeigt sich für Trostberg u. a. am Ausbau und der Neuorientierung unseres Trostberger Krankenhauses, der weiterführenden Schulen in Trostberg



Hans-Michael Weisky,  
Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion

und zuletzt an der Sanierung bzw. dem Neubau des Kreisaltenheimes in Schedling. Diese Maßnahmen in Trostberg und viele weitere Maßnahmen im gesamten Landkreis erfordern viele finanzielle Mittel, die von den Gemeinden und auch von unserer Stadt an den Landkreis zu entrichten sind. Hier ein gesundes und für beide verträgliches Maß zu finden, ist Aufgabe der Kreisräte.

Die SPD war 2012 die einzige Fraktion im Kreistag, die gegen eine Umlagenerhöhung und damit gegen eine höhere Kreisumlage der Stadt Trostberg gestimmt hat. Mit 55,0 % ist bei der Kreisumlage eine Rekordhöhe erreicht. Dies sollte genügen. Für die Gemeinden wäre es ein Segen, wenn die Kreisumlage bald wieder gesenkt werden könnte. Die Entscheidung über den Haushalt 2013 und der aktuellen Kreisumlage wird der Kreistag voraussichtlich im März treffen. *hmw*

## Veranstaltungskalender

»Gefahren digitaler Medien« –

Eltern, Kinder und Jugendliche sind herzlich willkommen!

Der aktuelle Termin ist der Tagespresse zu entnehmen.

Auf zum Politischen Aschermittwoch der Bayern SPD

am 13. Februar 2013 um 11.00 Uhr in Vilshofen

2. Quartalsgespräch der SPD Trostberg am Mittwoch, 21. Feb. 2013 um 19 Uhr. Dabei geht es um die Ergebnisse der Klausurtagung von SPD Fraktion und Vorstand.

Wir diskutieren mit politisch interessierten Trostberger Bürgerinnen und Bürgern.

Starkbierfest in Tacherting am Samstag, 2. März 2013 ab 19 Uhr –

Gäste aus Trostberg sind herzlich willkommen!

SPD-Mitgliederversammlung am Donnerstag, 21. März 2013 um 19.30 Uhr –

Eingeladen sind alle Mitglieder und Freunde der Trostberger-SPD

Bodo Beuchel wird am Sonntag, den 14. April wieder einen Film über Demenz im

Trostberger Stadtkino vorführen – Die SPD Trostberg lädt ein!

Weitere Veranstaltungen und Aktionen werden in 2013 folgen –

bitte entnehmen Sie diese aus der Tagespresse.

## Polit-Ticker 2012

Das Steuerabkommen mit der Schweiz wurde entgültig von den SPD regierten Ländern im Bundesrat abgelehnt! Dadurch wurde die Legalisierung des Steuerbetrugs verhindert. Reiche Schwarzgeldanleger müssen weiterhin fürchten, durch Ankauf von Steuer-CDs aufzufliegen!

Das UN Anti-Korruptionsgesetz, das seit 2003 vom Bundestag verabschiedet ist, wurde auch in diesem Jahr nicht ratifiziert – trotz mehrerer SPD Anträge. Abgeordnetenbestechung bleibt damit in Deutschland straffrei! Wir befinden uns damit in Gesellschaft mit Korruptionsländern wie Syrien, Nordkorea und Saudi-Arabien. FDP und Union blockieren mit dem Hinweis, daß sie die freie Ausübung des Mandates gefährdet sehen. 160 andere Staaten haben ratifiziert, die deutsche Politik tendiert zur Bananenrepublik!

Gegen die Proteste von Tierschützern und Opposition hat der Bundestag ein neues Tierschutzgesetz verabschiedet. Die betäubungslose Kastration von Ferkeln (Tierquälerei pur – 20 Mio. Tiere /Jahr) und schmerzhafte Brandzeichen bei Pferden bleiben

weiterhin erlaubt! Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner befürchtete den Wegfall von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Arme Viecher – Armes Deutschland!

Feuerwehrgelder für den Wahlkampf – über 50 Mio.€ aus der Feuerschutzsteuer werden von der bayerischen Staatsregierung zurückgehalten obwohl die Gelder dringend gebraucht würden! 2013 will die CSU bei den Feuerwehren punkten – da wird vielleicht dann das Füllhorn ausgeschüttet!



Negativpreis vom Naturschutzbund – Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner wurde als Dinosaurier des Jahres 2012 »ausgezeichnet«.

## »Der Wechsel wird unserem Land gut tun!« von Dirk Reichenau

Die Bayerische SPD steht im Konflikt mit der Bayerischen Staatsregierung aus CSU und FDP. Das ist zwar nichts Neues. Neu ist aber, dass wir mit Christian Ude, dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, einen Kandidaten für das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten haben, der in der Opposition nie an der Politik der Regierenden verzweifelt ist, weil er ausschließlich selbst regiert hat.

In der Gegenüberstellung von Christian Ude zu Horst Seehofer wird deutlich, worin der Konflikt besteht. Die CSU steht für Machterhalt, Horst Seehofer ist ein Mann ohne Überzeugungen, weil er seine Meinung entsprechend der neuesten Umfrage ständig ändert, soziale Gerechtigkeit ist für ihn kein Maßstab politischen Handelns. Politik ohne Überzeugung ist Verwaltung. In der Verwal-

tung siegen die stärksten Interessen. Und das sind immer die Interessen des Kapitals. Dafür gibt es Beispiele:

Bürgerentscheid »Dritte Startbahn Erding«. Ude sagt, er habe verstanden und der Wille der Bürgerinnen und Bürger werde akzeptiert. Seehofer und die CSU sagen (außer den Parteifreunden in Erding): Interessiert uns nicht, das hebeln wir mit der nächsten Landtagswahl aus.

Wahlfreiheit acht- oder neunjähriges Gymnasium: das Turbo-Gymnasium entschleunigen, keine Ahnung hätte der Kommunalpolitiker aus München, lässt der Kultusminister zu Udes Vorschlag verlauten, um hinterher kleinlaut einzuschwenken. Jeder Schüler könne sich es jetzt aussuchen, in welcher Klasse er durchfallen wolle. Das ist keine Bildungspolitik, das ist Murks.

Euro-Krise: Wochenlang hören wir von der CSU, die Griechen seien alle faule Säcke und Steuerhinterzieher. »Raus aus der EU«, tönt Herr Söder. Dann ist CSU-Parteitag, Angie (die

Kanzlerin) kommt vorbei und alle säuseln ins Mikrofon, wie lieb sie die Griechen hätten, wie wichtig der europäische Gedanke sei und verheimlichen dabei, dass die größten Nutznießer aus der griechischen Tragödie natürlich deutsche Banken sind.

Die Kehrtwende sei bei Horst Seehofer schon längst zur bevorzugten Fortbewegungsart geworden, spottet Christian Ude zu Recht. 2013 ist Wahljahr.

Wer einen Freistaat will, in der ein höchst umstrittener Donauausbau zu den Akten gelegt wird, wer ein Land mit einer gerechteren und wohnortnäheren Bildungspolitik (ohne Studiengebühren) haben will, sollte am 15. September die SPD wählen. Wer die Wendung vom Atomland Bayern hin zu einer professionell organisierten Energiewende mit regenerativen Energien möchte, und wer will, dass der bayerische Staatshaushalt nicht auf Kosten der Gemeinden und Städte saniert wird, wer verhindern will, dass wir die sozialen Brennpunkte besser als bisher in den Griff kriegen, der sollte am 15. September 2013 die SPD wählen.

Wir sind angetreten, den zunehmenden Machtmissbrauch und die Orientierungslosigkeit der CSU in Bayern zu beenden. Wir wollen das Vertrauen in die Politik wiederherstellen. Wir setzen auf Vertrauen und Dialog mit der Bürgerschaft.

*Dirk Reichenau ist seit 2003 Vorsitzender der SPD im Landkreis Traunstein und lebt mit seiner Familie in Tittmoning. Am 26. Oktober 2012 nominierte ihn die SPD zum Landtagskandidaten im Stimmkreis Traunstein.*



*Dirk Reichenau (rechts) mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude bei einer Veranstaltung in Steinbrünning.*

## Partei politik – Gezerre um Wahltermin

Der Termin für die Bundestagswahl wird voraussichtlich der 22. September 2013 sein, eine Woche vorher, am 15. September soll nun die Landtagswahl in Bayern durchgeführt werden – zwei Wahlen im Abstand von einer Woche!

Die SPD in Bayern fordert einen gemeinsamen Wahltermin von Land- und Bundestag um erstens dem Ziel einer möglichst großen Wahlbeteiligung entgegenzukommen

und zweitens aber auch Kosten und Aufwand in Grenzen zu halten! Ca. 10 Mio. € und sehr viel Zeitaufwand könnten eingespart werden. Die Trostberger SPD hat, wie viele andere Ortsverbände, Städte und Gemeinden (auch viele CSU geführte Orte), Anträge für einen gemeinsamen Wahltermin gestellt. Auch im Trostberger Stadtrat wurde einstimmig dafür gestimmt. Die schwarz/gelbe Koalition von CSU Chef Horst Seehofer in Bayern bevorzugt jedoch einen eigenen Wahltermin – koste es was es wolle. Bei Parteipolitik spielen Geld und Aufwand anscheinend keine Rolle. fs



*Franz Sedlmeier*

**JA zur  
BILDUNG  
NEIN zu  
STUDIENGEBÜHREN!**

**Eintragen!**  
Beim Volksbegehren  
im Rathaus  
**17.-30.01.2013**

## Abschaffung der Studiengebühren

Bayern und Niedersachsen sind die letzten Länder in Deutschland mit Studiengebühren, alle anderen haben sie mit guten Argumenten wieder abgeschafft. Jetzt hat der bayerische Verfassungsgerichtshof trotz massiver Gegenwehr der bayerischen Staatsregierung ein Volksbegehren gegen die Gebühren zugelassen.

Daraufhin hat auch unser Ministerpräsident Seehofer (Drehhofer?) plötzlich kurzzeitig für eine Abschaffung plädiert. Nachdem die FDP aber mit Koalitionsbruch droht, wartet er jetzt doch mit einer Meinungsabgabe bis zum Ergebnis der Einschreibung.

Es müssen sich bis Ende Januar 10% der Wahlberechtigten (940.000 Bürger) für das Volksbegehren eintragen. Die 14-tägige Eintragsfrist läuft vom 17. Januar bis zum 30. Januar im Trostberger Rathaus! Verlängerte Öffnungszeiten wurden beantragt.

Bitte tragen Sie sich ein, so dass nach Abschaffung des Büchergeldes nun auch die Studiengebühren wieder entfallen. Schule und Studium dürfen nicht an Gebühren scheitern. Studium nicht nur für Reiche! fs

[www.volksbegehren-studiengebuehren.de](http://www.volksbegehren-studiengebuehren.de)

### Bündnis Volksbegehren gegen Studiengebühren:



### Eintragungszeiten im

### Bürgerbüro Rathaus Trostberg, Zimmer Nr. 2:

Mo. – Fr.	8 Uhr – 12.30 Uhr
Mo. – Mi.	13 Uhr – 16 Uhr
Do. 17.01.2013	8 Uhr – 12.30 Uhr und 13 Uhr – 20 Uhr
Sa. 19.01.2013	9 Uhr – 12 Uhr
Do. 24.01.2013	8 Uhr – 12.30 Uhr und 13 Uhr – 20 Uhr
Sa. 26.01.2013	10 Uhr – 12 Uhr

## 150 Jahre jung – SPD

Happy Birthday SPD! Am 23. Mai 2013 wird die deutsche Sozialdemokratie tatsächlich 150 Jahre alt. An diesem Tag im Jahr 1863 wurde mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Leipziger Pantheon durch Ferdinand Lassalle der Grundstein gesetzt. Für Sozialdemokratie, für die Sozial-

demokratische Partei Deutschland. Für die Gewerkschaften. Für den Sozialstaat. Vor allem aber für mehr Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit.

Sie sind die Eckpfeiler der Sozialdemokratie. Ein anderer aber ist inzwischen: die Geschichte. Auch die Historie einer Partei, die es nie nötig hatte, sich einen neuen Namen zu geben. »Wir sind unserem Namen – und

Werten – treu geblieben. Auch wenn wir uns in all den Jahren gehäutet haben wie Schlangen«, sagt Ulrich Maly, Nürnbergs Oberbürgermeister und Sozialdemokrat. Auch in unserer Region wird es viele Veranstaltungen zum Jubiläum der Sozialdemokratie in Deutschland geben. Wir informieren Sie in unserer nächsten Ausgabe und in der Tageszeitung. hmw

## Biogas – ja, aber ... Oder ein Bayernplan ohne Plan?

Während Ministerpräsident Horst Seehofer mit seinem »Bayernplan« voll auf Biogasanlagen setzt, ist Agrarminister Brunner Gott sei Dank zurückhaltender. 2.400 Biogasanlagen gibt es derzeit in Bayern. Noch einmal so viele sollen dazukommen. Das ist jedenfalls der Plan: der Bayernplan zur Energiewende, den Ministerpräsident Horst Seehofer vor kurzem vorgeschlagen hat. Die Regierung glaubt, dass nach dem Atomausstieg im Freistaat fünf große Gaskraftwerke neu gebaut werden müssen. Weil die Energiekonzerne noch zögern entstand die Idee, viele kleine Biogasanlagen auf den Bauernhöfen zu errichten. So könne man auf zwei Großkraftwerke verzichten.

Landwirte sehen im Biogas eine echte Einkommensalternative. Doch die Bevölkerung spricht immer öfter von der Vermaischung der Landschaft und spitzt die Ohren wenn wieder neue Baupläne für Anlagen bekannt werden.

Für die SPD ist eines klar: Biogas ist nicht gleich Biogas. Das Gas muss sich die Bezeichnung »Bio« erst verdienen.

### **Biogas darf Biogas heißen, wenn:**

- ▶ das Ziel ein Kreislauf auf dem Hof ist,
- ▶ Reststoffe aus der Landwirtschaft in der Verwertung Vorrang haben. Gülle, Schnittgut aus der Landschaftspflege und Co. ist die sinnvolle Fütterung für Biogasanlagen. Derzeit werden erst 10 bis 15 Prozent der vorhandenen Gülle in Biogasanlagen genutzt.

Gülle mit Futterresten und Nebenprodukten der Ernte kombiniert hätte in der Summe ein erhebliches Potential,

- ▶ weil nicht nur der Strom, sondern auch die Wärme sinnvoll am Hof oder in der Nähe genutzt und somit eine dezentrale Energieversorgung dargestellt werden kann (Kraft-Wärme-Kopplung),
- ▶ wenn die Felder und Wiesen wieder bunter werden.

Über Mischkulturen und Zwischenfrüchte freuen sich der Boden, die Insekten und die Spaziergänger – Vielfalt satt.

Es gibt auch Alternativen zu Mais, zum Beispiel die Becherpflanze Silphie oder die Virginia-Malve. Sie sind ökologisch sinnvoller als Maismonokulturen. Schmetterlinge und Bienen werden es uns danken.

### **Dagegen hat Gas hat nichts mit Bio zu tun, wenn:**

- ▶ nur für den Anbau von Mais hochwertiges Dauergrünland (Wiesen) umgebrochen wird und intensive Nutzung folgt. Nachhaltigkeit ist hier Fehlangeize.
- ▶ Jahr für Jahr Mais angebaut wird und die Bodenfruchtbarkeit immer mehr abnimmt.
- ▶ die Gesamtenergiebilanz nicht mehr stimmt, weil das Futter für die Anlagen schon viele Kilometer auf dem Rücken hat.
- ▶ wenn Verwerfungen auf dem Pachtmarkt zur Folge haben, dass zum Beispiel Milchviehbetriebe nicht mehr mithalten können.

### **Fazit**

Biogas kann sinnvoll sein, wenn sinnvolle Rahmenbedingungen aufgestellt und eingehalten werden. Ich halte nichts davon, mit blühenden Rändern (Sonnenblumen) große



Maisfelder nur vor den Augen der Menschen zu verstecken. Wir brauchen Fruchtfolgen auf der ganzen Fläche und eine konsequente Nutzung der Reststoffe. Das muss über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) belohnt werden. Dies gilt auch für den Einsatz von Gülle aus bäuerlichen Betrieben. Dezentrale Stromversorgung aus kleinen Anlagen ist unser Ziel. Die gesellschaftliche Akzeptanz steht in enger Verbindung mit der wirklichen Verträglichkeit.

Herzliche Grüße

*Ihre  
Maria Noichl*

Maria Noichl

SPD-Landtagsabgeordnete aus Rosenheim  
Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Sprecherin Agrar und Forst der SPD-Landtagsfraktion

## Jubiläumsjahr 2013

Es ist geradezu unglaublich, dass das Jubiläumsjahr 2013 nicht nur mit dem eigentlichen Anlass, nämlich 100 Jahre Stadt Trostberg aufwarten kann, sondern gleich mit einer ganzen Reihe von weiteren Feierlichkeiten:

- ▶ 700 Jahre Königlich privilegierte Feuererschützengesellschaft Trostberg
- ▶ 150 Jahre Freiwillige Feuerwehr Trostberg

- ▶ 150 Jahre Turn- und Sportverein Trostberg
- ▶ 100 Jahre Brieftaubenverein Alztalbote
- ▶ 100 Jahre Gebirgstrachtenerhaltungsverein D'Alzviertler
- ▶ 30 Jahre Pfadfinderschaft Gau Noricum CPD e.V.
- ▶ 25 Jahre Trostberger Goaßlschnalzer
- ▶ 20 Jahre Kindergarten Regenbogen
- ▶ 30 Jahre Tanzsportabteilung des TSV Trostberg »Dancin' Shoes«

Alle diese Jubiläen sind natürlich mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen verbunden. Hier alle Veranstaltungen der einzelnen Vereine aufzuzählen, ist schier unmöglich. Deshalb bleibt uns nur der Hinweis auf die Homepage der Stadt Trostberg ([www.stadt-trostberg.de](http://www.stadt-trostberg.de)). Dort gibt es unter dem Stichwort Jubiläum 2013 einen Jahreskalender mit allen Veranstaltungen zum Runterladen. az

## Steuern und Gerechtigkeit

In einer solidarischen Gesellschaft müssen starke Schultern einen größeren Beitrag leisten. Es kann nicht sein, dass gerade Menschen mit hohem Einkommen sich ihrer Steuerpflicht entziehen. Dazu müssen Steuerschlupflöcher gestopft und die Steuerhinterziehung erschwert werden. Steuerhinterziehung ist nichts anderes als »Betrug an der Gesellschaft« wie es Hannelore Kraft formuliert. Nordrhein-Westfalen geht hier mit gutem Beispiel voran und hat durch den Ankauf von Steuer-CDs dem deutschen Staat bereits Mehreinnahmen in Milliardenhöhe beschert.

Von den Mehreinnahmen profitiert ganz Deutschland, auch der Freistaat Bayern, der sich, wie alle Bundesländer, auch finanziell an den Ankäufen beteiligt hatte. So erklärte Finanzminister Markus Söder (CSU), dass die Informationen auf den Datenträgern sowie Nachzahlungen in Folge von Selbstanzeigen aufgeschreckter Steuerbetrüger seit 2010 in Bayern dem Fiskus Zusatzeinnahmen von mehr als einer halben Milliarde Euro beschert hätten. Angesichts der Tatsache, dass sich Bayern am Ankauf der Daten mit nur einer Million Euro beteiligt hatte, ein durchaus bemerkenswerter Betrag.

Umso weniger ist zu verstehen, dass der Freistaat keine weiteren Datenträger kaufen will. Josef Bugiel, Chef der baye-

rischen Finanzgewerkschaft, habe für Söders Kurswechsel kein Verständnis, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Laut Bugiel komme es »Strafvereitelung im Dienst« gleich, wenn Informationen über Steuerhinterzieher nicht genutzt würden. Die hohe Zahl von Selbstanzeigen bestätige, dass der Kontrolldruck in Bayern nicht hoch genug sei, es also an Steuerprüfern fehle. Dies bemängelt auch der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem letzten Jahresbericht. Außerdem seien bayernweit 1900 Planstellen für Finanzbeamte nicht besetzt, und das, obwohl ein Steuerprüfer Einnahmen zwischen 400.000 Euro und einer Million Euro generieren könne, so Rechnungshof-Präsident Heinz Fischer-Heidberger.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir als SPD-Bundestagsfraktion auch das von der Regierungskoalition vorgelegte Steuerabkommen mit der Schweiz ab. Hier die wichtigsten Gründe für unsere Ablehnung:

- ▶ **Steuerhinterzieher können die angeblich sichergestellte Besteuerung ihrer Vermögenswerte in der Schweiz leicht umgehen – durch Umschichtung in andere Anlageformen oder vollständigen Abzug aus der Schweiz.**
- ▶ **Die privilegierte Behandlung des in der Schweiz angelegten unsteuererten Vermögens deutscher Steuerpflichtiger ist verfassungswidrig.**
- ▶ **Das Abkommen gewährt den Steuerhinterziehern einen steueroptimierten Verzicht auf Strafverfolgung. Dies ist mit den Grundsätzen einer gerechten Besteuerung unvereinbar.**



▶ **Die pauschale Nachversteuerung ist gerade in Fällen besonders schwerer Steuerhinterziehung für die Straftäter finanziell attraktiv.**

▶ **Mit der freiwilligen Meldung werden die Steuerhinterzieher von dem Risiko einer fehlerhaften – und dadurch unwirksamen – Selbstanzeige befreit, dies erspart ihnen eine teure Steuerberatung.**

Statt bilateralen Verhandlungen mit der Schweiz müssen wir, wie Peer Steinbrück es als Finanzminister vorgemacht hat, auf europäischer und internationaler Ebene berechnete Forderungen nach mehr Transparenz und Kooperation gegenüber früheren Steueroasen durchsetzen.

*Dr. Bärbel Kofler, MdB*

## Ab 1. Januar 2013 neue Rundfunkgebühren

Ab 2013 gilt: eine Wohnung, ein Beitrag – unabhängig davon, wie viele Personen dort leben und wie viele Rundfunkgeräte vorhanden sind. Der Rundfunkbeitrag bleibt stabil bei monatlich 17,98 Euro.

Vorgesehen ist, dass sich bestimmte Personengruppen wie bisher befreien lassen können:

- ▶ **Sozial oder Arbeitslosengeldempfänger (Hartz IV)**
- ▶ **Hilfe zum Lebensunterhalt** (Sozialhilfe nach §§ 27 bis 40 oder § 27a oder 27b)

▶ **Grundsicherung im Alter oder Erwerbsminderung** (§§41 bis 46)

▶ **Studenten u. Auszubildende, die nicht bei ihren Eltern wohnen und Leistungen von BAföG oder BAB erhalten**

▶ **Pflegebedürftige, die Hilfe zur Pflege nach dem SGB XI oder Kriegsopferfürsorge erhalten**

▶ **Blinde oder stark sehbehinderte, hörgeschädigte Menschen, sowie Menschen mit mindestens 80% Behinderung auf Dauer**

Antragsformulare auf Ermäßigung oder Befreiung gibt es im Bürgerbüro der Stadt Trostberg. Dort erhalten Sie auch Auskünfte über die neuen Regelungen. Genauere Informationen enthält auch die GEZ-Seite [www.rundfunkbeitrag.de](http://www.rundfunkbeitrag.de). az



Hans-Michael Weisky (Bezirkstagskandidat), Sepp Konhäuser (gewählter Stellvertretender Landrat), Dr. Bärbel Kofler, MdB (Bundestagskandidatin) und Dirk Reichenau (Landtagskandidat) beim 67. Dreikönigstreffen der SPD in Kirchanschöring zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister der Stadt Hamburg Olaf Scholz (z.v.r.).

*Die Zeit ist reif für eine sozial ausgewogene Politik, einer Politik für Menschen und Abkehr von der Klientelpolitik. Dafür stehen unsere Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!*

## Kulturtermine

**Hier eine kleine Auswahl von Veranstaltungen in Trostberg bis Ende Februar:**

26. Jan. 19 Uhr	Showtanzabend der Elfer im Postsaal
2. Feb. 18 Uhr,	1. Trostberger Nachtfaschingszug (ab Dr.-Albert-Frank-Straße)
3. Feb. 14 Uhr	AWO-Fasching im Postsaal
7. Feb. 20 Uhr	Jazz Swing Session im Postsaalgewölbe
15. Feb. 20 Uhr	»Trostberg rockt – The Mustard Tubes« im Postsaal
16. Feb. 20 Uhr	Lesung Peter Brunnert im Postsaalgewölbe
17. Feb. 19 Uhr	Reihe »Musik im Museum« – Orff-Quartett im Atrium
22. Feb. 19:30 Uhr	»New Orleans Boogie Woogie« mit Michael Alf im Postsaalgewölbe
23. Feb. 15 Uhr	Kinderkino »Michel in der Suppenschüssel« im Stadtkino
23. Feb. 19 Uhr	Benefizkonzert »Gospel und Popsongs« im Postsaal (Inner Wheel Club Chiemgau und Rotary Club Traunstein)

### Spruch des Tages

»Alles, was ich heute tue, ist wichtig, gebe ich doch einen ganzen Tag meines Lebens dafür.«

George Bernhard Shaw

## Impressum



Herausgeber  
SPD Trostberg  
[www.spd-trostberg.de](http://www.spd-trostberg.de)

Verantwortlich  
Hans-Michael Weisky  
Blindreiter Str. 21, 83308 Trostberg

Mitarbeit  
Franz Sedlmeier (fs), Hans-Michael Weisky (hmw), Gisela Gehrman (gg), Peter Berg (pb), Anton Zeitlmayr (az), Walther Heinze (hei)

Fotos  
Franz Sedlmeier,  
Hans-Michael Weisky, Archive

Layout  
christoph an der alz  
illustration | grafik | typografie  
[www.christophanderalz.de](http://www.christophanderalz.de)  
[www.facebook.com/christophanderalz](https://www.facebook.com/christophanderalz)

Kontakt  
[hans-michael.weisky@spd-trostberg.de](mailto:hans-michael.weisky@spd-trostberg.de)

Auflage: 4.000

Aus rechtlichen Gründen müssen wir folgenden Hinweis im Impressum veröffentlichen:  
»Pienzenauer« ist ein eingetragenes Markenzeichen der Handelshaus Klein GmbH